

arbeit unterhält der Verlag mit Japan, den USA, der Sowjetunion, Frankreich und Singapur (RMRB, 12.2.87). -st-

*(24)

Liu Xinwu von seinem Posten suspendiert

Der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung hat ein weiteres Opfer gefordert: Der Schriftsteller Liu Xinwu wurde von seinem Posten als Chefredakteur der Literaturzeitschrift "Volksliteratur" suspendiert. Dies wurde am 20.2.1987 auf einer gemeinsamen Sitzung der Staatlichen Nationalitätenkommission und des Chinesischen Schriftstellerverbandes beschlossen. Als Grund für die Suspendierung wurde angegeben, daß der Chefredakteur die Veröffentlichung einer Erzählung habe durchgehen lassen, die die Gefühle der Tibeter verletze. Die Erzählung, als deren Verfasser Ma Jian genannt wird, trägt den Titel "Liangchu nide shetai huo kongkongdang" (wörtl.: "Zeige Deinen Zungenbelag oder die Leere") und ist in der Doppelnummer 1/2, 1987 der "Volksliteratur" erschienen. Die Veröffentlichung der Erzählung, so heißt es, verstoße gegen die Politik der Partei und Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten sowie gegen die Religionspolitik und die sozialistische Literatur- und Kunstlinie. Die Erzählung und ihre Veröffentlichung seien das Ergebnis bürgerlicher Liberalisierung. Liu Xinwu und die Redaktion der "Volksliteratur" wurden aufgefordert, Selbstkritik zu üben. Der stellvertretende Chefredakteur übte bereits auf der Sitzung vom 20. Februar Selbstkritik. Er distanzierte sich von der Erzählung und drückte sein Bedauern gegenüber dem tibetischen Volk aus (RMRB, GMRB, 21.2.87). In einem Kommentar der Volkszeitung vom 21.2.1987 wird die Suspendierung Liu Xinwus als notwendig und richtig bezeichnet und als ernsthafte Lehre gewertet.

Die Erzählung ist ein Beispiel von Reportagenliteratur. Über den Verfasser Ma Jian macht die "Volksliteratur" folgende kurze Angaben: "Jahrgang 1953, männlich, arbeitslos, früher Mitglied des chinesischen Fotografenverbandes." Wie die Hongkonger Zeitschrift "Zhengming" (87/3, S.11) berichtet, soll Ma Jian Erzähler, Künstler und Fotograf sein. In der Erzählung berichtet er anlässlich eines Besuches in Tibet über Begegnun-

gen mit Tibetern und schildert ihre Lebensbedingungen, Sitten und Gebräuche. Vieles von dem Dargestellten paßt sicher nicht zu dem Bild eines aufgeschlossenen, sich modernisierenden China, von dem auch (zumindest offiziell) die nationalen Minderheiten nicht ausgenommen sind. Hier aber von Beleidigung des tibetischen Volkes zu sprechen, ist eher willkürliche Auslegung denn sachlich begründet. So legen denn auch einige Begleitumstände des Falles die Vermutung nahe, daß es hier nicht um die Ehre des tibetischen Volkes ging, sondern diese als Vorwand für die Entlassung Liu Xinwus benutzt wurde. Diese Vermutung wird vor allem durch die Tatsache gestützt, daß sich die offizielle Kritik nicht gegen den relativ unbekannteren Autor der Erzählung richtet, sondern gegen Liu Xinwu in seiner Eigenschaft als Chefredakteur der "Volksliteratur". Liu, Jahrgang 1942, zählt zu den bekanntesten Schriftstellern des nachmaoistischen China; er machte sich vor allem mit seiner 1977 veröffentlichten Erzählung "Der Klassenlehrer" auch über die Grenzen Chinas hinaus einen Namen. Den orthodoxen Vertretern im Kulturstablishment mag es ein Dorn im Auge gewesen sein, daß eine so einflußreiche Position wie die des Chefredakteurs der größten und wichtigsten Literaturzeitschrift Chinas von einem Vertreter des liberalen Lagers eingenommen wurde. "Zhengming" (ebd., S.12) sagt Liu Xinwu gute Beziehungen zu Kulturminister Wang Meng nach und vertritt die Auffassung, daß orthodoxe Kräfte in Politik und Kultur Wang Mengs Position schwächen wollten.

Für diese Auffassung spricht ein weiteres Indiz. Laut "Zhengming" sollen nach Erscheinen der Erzählung tibetische Studenten des Beijinger Nationalitäteninstituts demonstriert haben. Sie hatten die Demonstration offiziell beim Beijinger Stadtkomitee angemeldet, wie dies seit den Studentendemonstrationen vom Dezember 1986 gefordert wird, und die Genehmigung ohne weiteres erhalten. Die Genehmigung wäre wohl ohne höhere Anordnung nicht so leicht erteilt worden. Die von der Hongkonger Zeitschrift geäußerte Vermutung, daß interessierte Kreise von oben (genannt wird Wulanfu) die Demonstration der tibetischen Studenten aus taktischen Gründen inszeniert haben, ist nicht von der Hand zu weisen. Es wäre nicht das erstmal, daß Studentendemonstrationen von oben veranlaßt worden wären. -st-

Außenwirtschaft

*(25)

Volksrepublik bietet Weltraumsatelliten für wissenschaftliche Zwecke an

Auf einer Konferenz, die das UN-Komitee für die friedliche Nutzung des Weltraums abhielt, erklärte der chinesische Delegationsleiter am 17.2.1987, die Volksrepublik werde den internationalen Kunden Satelliten für die wissenschaftliche Forschung und technische Experimente vermieten, die zur Erde zurückkehren könnten. Sie seien mit den für die Experimente nötigen Geräten auszustatten und würden der Wissenschaft zur Verfügung stehen.

Der Delegationsleiter fügte hinzu, sein Land werde die Zusammenarbeit in der Weltraumforschung und in den Weltraumtechnologien mit anderen Staaten ausweiten und zur friedlichen Nutzung des Weltraums beitragen.

Die Volksrepublik hatte im Oktober 1985 bekanntgegeben, seine Trägerraketen Changzheng 2 und Changzheng 3 könnten auch die Satelliten anderer Staaten in eine Umlaufbahn bringen. Diese Ankündigung hatte ein positives Echo gefunden. Manche Staaten einschließlich der zuständigen Behörden und Gesellschaften der Entwicklungsländer sind dabei, mit der Volksrepublik zusammen die Möglichkeiten von Satellitenstarts durch die Trägerraketen des Typs Changzheng zu eruieren. (Radio Beijing, 19.2.1987) -lou-

*(26)

Vorzugsstatus für ausländische Firmen erklärt

Im Nachgang zu den vom Staatsrat verabschiedeten Bestimmungen zur Ermutigung ausländischer Investitionen vom Oktober 1986 erließ das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel weitere Regelungen, die den unter bestimmten Voraussetzungen gewährten Vorzugsstatus ausländischer Investitionen betreffen. Danach sind chinesisch-ausländische Joint Equity Ventures und Gemeinschaftsunternehmen (Cooperative Enterprises) sowie im alleinigen Eigentum von Ausländern befindlichen Firmen innerhalb der Volksrepublik zur Inanspruchnahme besonderer Vergünstigungen berechtigt, wenn ihnen der Vorzugsstatus zuerkannt und beschei-

nigt wird. Wie es in den Regelungen heißt, können auslandsfinanzierte Unternehmen für diesen Zweck als "exportorientierte" oder "technologisch hochentwickelte" Unternehmen eingestuft werden.

Ohne Erwähnung der beiden anderen Kategorien von auslandsfinanzierten Firmen heißt es nun in den neuen Regelungen, daß reine ausländische Unternehmen unter folgenden Voraussetzungen als exportorientiert klassifiziert werden können: (1) Die Betriebe müssen Exporterzeugnisse herstellen. (2) Die Erzeugung muß zu mehr als 50% jährlich ausgeführt werden. (3) Die jährliche Devisenbilanz (Importaufwendungen und Exporterträge) muß ausgeglichen sein oder einen Überschuß aufweisen. Es ist davon auszugehen, daß die gleichen Bestimmungen auch für Joint Equity Ventures und Co-operative Enterprises gelten, ohne daß sie in diesem Zusammenhang ausdrücklich angeführt sind.

Als "technologisch hochentwickelt" werden extern finanzierte Projekte anerkannt, wenn sie die folgenden Kriterien erfüllen: (1) Technologie, Produktionsverfahren und Schlüsselinstallationen müssen denen solcher Unternehmen entsprechen, die von staatlichen Stellen hochentwickelt und für einen Vergleich geeignet erklärt worden sind. (2) Das Fertigungsprogramm muß Produkte umfassen, die entweder neu entwickelt oder auf dem Inlandsmarkt knapp sind.

Die für die Prüfung und Bestätigung exportorientierter bzw. technologisch hochentwickelter Betriebe zuständigen Behörden sind die entsprechenden Ämter des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel auf der Ebene von Provinzen, Autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten.

Die vorgenannten Bestimmungen gelten nicht für die vier Sonderwirtschaftszonen Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen. Dort sollen die Vorschriften entsprechend den spezifischen örtlichen Bedingungen formuliert werden. Wenn die nach den obigen Kriterien anerkannten Auslandsinvestitionen die Voraussetzungen für den Vorzugsstatus in drei aufeinander folgenden Jahren nicht erfüllen, werden die entsprechenden Bescheinigungen für ungültig erklärt (Xinhua, 30.1.1987, zit. nach SWB, 4.2.1987; NfA, 6.2.1987). -lou-

* (27)

Britische Firmen fordern Aufhebung der COCOM-Beschränkungen für die Volksrepublik

Die "48 Group", der ca. 100 britische Unternehmen angehören, die im China-Geschäft tätig sind, forderte die britische Regierung auf, die Volksrepublik China so zu behandeln wie andere Länder, die Großbritannien gegenüber freundlich eingestellt seien. In einem Brief an die Financial Times vom 16.2.1986 signalisierte der Berater der Gruppe, Roland Berger, den Willen der Gruppe, die Volksrepublik ganz aus der COCOM-Liste zu nehmen. Das sog. Coordinating Committee in Paris setzt die Regeln für die sog. strategischen Exporte an jene Länder fest, die dem Westen nicht freundlich gesonnen sind, und überprüft deren Einhaltung.

Die Zeit sei gekommen, so Berger, damit ein Ende zu machen, die COCOM-Regeln hin und her zu biegen und so anzupassen, um sie in Übereinklang zu bringen mit der "totally different situation of China". Das Hongkong-Übereinkommen und der Staatsbesuch der britischen Königin in die Volksrepublik China hätten gezeigt, daß die Volksrepublik ein Land sei, das gegenüber Großbritannien freundlich eingestellt sei. Deshalb sei es nur logisch, das Land auch bei den Handelsbeziehungen freundlich zu behandeln. Die britische Regierung behandle "by some anachronistic perception" China weiterhin als ein Land, das unter die COCOM-Regeln fallen müsse.

Berger wies weiterhin darauf hin, daß das amerikanische Handelsministerium kürzlich angekündigt habe, die Kontrollen über die Exporte moderner Technologie nach China zu lockern (Financial Times, 16.2.1986; XNA, 17.2.1987). -lou-

* (28)

Kredite für die Volksrepublik

Die Bank of China nahm auf dem westdeutschen Kapitalmarkt einen Kredit in Höhe von 200 Mio. DM zur Finanzierung von Exporten und Importen auf. Es handelt sich um einen Konsortialkredit; daran beteiligt waren die Industriekreditbank AG-Deutsche Industriebank, Deutsche Genossenschaftsbank, Norddeutsche Landesbank Girozentrale. Bislang wurden keine weiteren Einzelheiten über die Kreditbedingungen bekannt; es hieß lediglich, daß es sich um einen

"langfristigen Finanzkredit handele, der nicht für ein bestimmtes Geschäft gedacht sei".

Seit 1979 hat die Volksrepublik China Kredite aus 17 Ländern erhalten; die Gesamtsumme beträgt 9 Mrd. US\$. 249 Projekte wurden mit diesen Krediten finanziert. Mehr als 60% der Kreditsumme ging in den Bereich Energie und Transport. Die 17 Kreditgeberländer waren Japan, Belgien, Dänemark, Kuwait, Italien, Österreich, Schweiz, Schweden, Australien, Bundesrepublik Deutschland, Spanien, Frankreich, Finnland, Norwegen, Großbritannien, Kanada und die Niederlande.

Mit dem japanischen Kredit in Höhe von 330,9 Mrd. Yen (ca. 1,7 Mrd. US\$), der Ende 1979 zwischen dem damaligen japanischen Premierminister Ohira und der Volksrepublik China vereinbart wurde, sind inzwischen sechs wichtige Projekte fertiggestellt worden. Darunter befand sich der Ausbau von zwei Häfen und zwei Eisenbahnlinien, der Bau einer Äthylen-Fabrik in Daqing (Provinz Heilongjiang) mit einer Kapazität von 300.000 t Äthylen pro Jahr sowie die erste Phase des Eisen- und Stahlkomplexes Baoshan in der Nähe von Shanghai (AWSJ, 12.2.1987; XNA, 12. u. 18.2.1987). -lou-

* (29)

Devisenknappheit führt zu Problemen bei Auslandsaufträgen

Viele ausländische Unternehmen sind besorgt darüber, daß die ungewöhnlich verzögerten Zahlungen chinesischer Organisationen ein Zeichen dafür sein könnten, daß das Land unter einer ernststen Devisenknappheit leidet. Diese könnte zu einem Zurückschneiden von Verträgen mit ausländischen Firmen führen. Viele chinesische Organisationen, so Vertreter japanischer und westeuropäischer Firmen, seien weit hinter den Zahlungsfristen zurück geblieben. Einige wenige chinesische Organisationen hätten zugegeben, daß sie an Devisenmangel litten.

Japanische Unternehmen hatten Verträge im Werte von ca. 40 Mrd. Yen (171 Mio. englische Pfund) neu mit chinesischen Gesellschaften zu verhandeln. Chinesische Kader hatten bereits darauf hingewiesen, daß weitere Vertragsänderungen wegen der Devisenknappheit erforderlich seien. Der stellvertretende Premierminister, Li

Peng, erklärte gegenüber einer französischen Delegation, daß die ausländischen Unternehmen sich selbst auf die Vertragsprobleme vorbereiten müßten.

Die japanischen Unternehmen sind am meisten betroffen, weil die Aufwertung des Yen bei den chinesischen Gesellschaften dazu geführt hat, daß ihre Devisenquoten erschöpft sind.

Eine Untersuchung der Japanese Association for the Promotion of International Trade von Mitte 1986 fand heraus, daß die problembeladenen Verträge der Japaner sich auf fast 40 Mrd. Yen belaufen. Um die Kontrakte zu retten, waren einige japanische Unternehmen dazu übergegangen, Mengen und Preise zu reduzieren. Einige kleinere japanische Unternehmen sind wegen dieser Komplikationen in Schwierigkeiten geraten.

Chinesische Kader betonen, daß Verträge nicht storniert werden, sie würden nur für eine lange Zeit suspendiert.

In den letzten Monaten hatte die Volksrepublik ihre Devisendepositen bei ausländischen Banken in großem Umfang in Anspruch genommen. Die Volksrepublik ist auch ungewöhnlich aktiv auf den kurzfristigen Geldmärkten.

Ein Sprecher der Volksbank teilte Ende Februar 1987 mit, daß der aktuelle Stand der Devisenreserven nicht bekanntgegeben werden könne, weil er ein "Geheimnis" sei.

Aus all dem ziehen ausländische Geschäftsleute den Schluß, daß die Vertragsabschlüsse 1987 reduziert werden. Die Kontrolle über die Devisenreserven der Provinzregierungen wird verschärft. Im Verlauf der Wirtschaftsreform hatten die Provinzen größere Handlungsfreiheit in diesem Bereich erhalten. Offensichtlich ist es also nicht gelungen, die Abstimmung im Devisenbereich in Übereinstimmung mit den übergeordneten staatlichen Plänen zu bringen. (Financial Times, 20. und 26.2.1987) -lou-

* (30)

Besorgnis über Anstieg der Getreideimporte

Nach Angaben der Zollbehörden stiegen die chinesischen Getreideimporte im Jahre 1986 auf 7,73 t. Noch 1985 waren es nur 5,97 Mio.t gewesen. 1982 war mit 16,1 Mio.t ein Rekord bei den Getreideimporten erreicht worden.

Nach Angaben der chinesischen Regierung soll nach und nach jene Getreidemenge reduziert werden, die kontraktmäßig angekauft wurde. Der Grund dafür sei, daß immer mehr Getreide auf den freien Märkten zu höheren Preisen verkauft werden sollte.

Der Staat kauft zwischen 50-60 Mio.t Getreide pro Jahr im Kontraktverfahren. Für die Differenz zwischen den Ankaufpreisen und den Abgabepreisen in den städtischen Gebieten müssen ca. 15 Mrd. Yuan pro Jahr aufgewendet werden.

Ein japanischer Händler erklärte das Ansteigen der chinesischen Importe im Jahre 1986 mit dem Mangel an Weizen und Mais in Südchina. Nach seinen Angaben gingen die Lieferungen nach Shanghai, Guangzhou und Guangxi.

Die Zollzahlen zeigen jedoch auch einen Anstieg der chinesischen Getreideexporte. Sie erreichten im Jahre 1986 9,42 Mio.t, 1985 waren es 9,33 Mio.t.

Die Vereinigten Staaten exportierten 1986 ca. 0,5 Mio.t nach China; die amerikanischen Getreideexporte werden im Jahre 1987 ansteigen, weil Washington 1 Mio.t Getreide im Rahmen eines Exportprogrammes angeboten habe. 1986 importierte China 3,5 Mio.t Getreide aus Australien, 3 Mio.t aus Kanada und den Rest aus Frankreich, Argentinien und Thailand (Financial Times, 13.2.1987). -lou-

* (31)

Shanghai Foreign Trade Corporation

Eine der wichtigsten und größten Außenhandelsgesellschaften der Volksrepublik ist die Shanghai Foreign Trade Corporation (SFTC). Bis 1985 konzentrierte sich die SFTC auf die gesamten Importe von Shanghai. Die Gesellschaft war mit dem Außenhandelsamt verknüpft, das ein Verwaltungsorgan ist. Die SFTC erhielt ihre Unabhängigkeit und erweiterte ihren Geschäftsbereich im Jahre 1985, als im Laufe der Reformen die administrativen und Handelsfunktionen getrennt wurden.

Die Aktivitäten der SFTC sind vielfältig. Sie hält eine Beteiligung von 30% an der im Jahre 1986 gegründeten Shanghai Airlines. Eine weitere Aufgabe ist die Durchführung der jährlichen Shanghai

Messe, die in diesem Jahre vom 27. Februar bis 8. März stattfindet. Eine andere Aufgabe ist die Förderung der Investitionen in den neuen Entwicklungsgebieten von Shanghai, Hongqiao und Minhang.

Die SFTC behielt die Kontrolle über ca. 80% der Importe von Shanghai, darunter Stahl, Chemikalien, medizinische Artikel und Haushaltselektronik. Wie der Vizepräsident der Gesellschaft, Zhou Jiaming, mitteilte, werden die Devisen in den nächsten 5 Jahren begrenzt sein. Deshalb würden hauptsächlich Rohmaterialien, nicht jedoch Konsumgüter, importiert werden.

Das Hauptinteresse hinsichtlich der Exporte liegt auf neuen Produkten und Verfahren. Es werden viele verschiedene Produkte in relativ kleinen Mengen exportiert. Kürzlich wurde ein Container nach Japan geschickt; er enthielt 10.000 Einzelstücke von 172 unterschiedlichen Produkten. Falls das sog. "Odds Orders"-Geschäft mit Japan Erfolg hat, ist die Expansion nach Hongkong, Europa und den Vereinigten Staaten vorgesehen. Die Hauptexporte Shanghais in den nächsten 5 bis 10 Jahren werden jedoch weiterhin Textilien und Leichtindustrieprodukte sein.

SFTC plant, jene Exporte, die unter Quoten fallen, an spezialisierte Handelsfirmen zu übergeben, wie z.B. an die China Import/Export Corporation.

SFTC exportiert aber auch Produkte aus ganz China, darunter Melonensamen aus Xinjiang. Die Gesellschaft beschäftigt sich auch mit Kompensationsgeschäften. Im Rahmen eines Geschäftes wurde Kohle nach Argentinien geschickt, welches Stahl liefert. Die SFTC stellt der neuen Latin American Import/Export Corporation in Beijing viele Produkte zur Verfügung; diese werden dann im Kompensationshandel eingesetzt.

SFTC hat 11 Büros im Ausland. Einige sind Joint Ventures, wie z.B. die Shanghai Overseas Trading Corporation in Genf. Andere Büros sind nur Vertretungsbüros, wie jene in Osaka und Panama City. Ihnen ist nicht erlaubt, Gewinne zu machen oder Verträge zu unterzeichnen.

Eines der wichtigsten Verbindungsbüros zu ausländischen Geschäftsleuten ist das Büro im chi-

nesischen Handelszentrum in Hamburg. Das dritte europäische Büro befindet sich in Mailand. Die Gesellschaft hat auch Abteilungen in den China Trade Centers in New York und San Francisco. Die SFTC ist verantwortlich für 40 der insgesamt 230 chinesisch-ausländischen Joint Ventures in Shanghai. Aber auch Dienstleistungen werden angeboten. Die Filiale der SFTC, das Foreign Trade Service Department, befaßt sich mit Taxi-Unternehmen, Instandhaltung von Autos, dem Buchen von Restaurants, Gästehäusern und Ausstellungsräumen. Eine weitere Filiale, die Shanghai Foreign Trade Consulting Corporation, hilft chinesischen und ausländischen Unternehmen dabei, die richtigen Partner für die Zusammenarbeit zu finden. Diese Filiale organisiert auch Seminare und führt fortschrittliche ausländische Technologie nach China ein. (Financial Times, 17.2.1987) -lou-

*(32)

Chen Yuns 1973er Aussagen über den Handel mit kapitalistischen Ländern

In der Volkszeitung vom 17.1.1987 wurden jene Positionen genannt, die für den seit Dezember 1978 eingeschlagenen Kurs der Kommunistischen Partei Chinas maßgebend seien. Darunter war: Festhalten an der (außenwirtschaftlichen) Öffnungspolitik und der binnenwirtschaftlichen Belebung (vgl. dazu Peter Schier, Der Sturz des Hu Yaobang, C.a., Januar 1987, S.64). In diesem Zusammenhang sind möglicherweise Texte zu lesen, die die Volkszeitung am 14.2.1987 veröffentlichte.

Der erste Text ist ein Artikel aus der Zeitschrift "Internationale Finanzstudien", Nr.1, 1987, über die Bemerkungen des Genossen Chen Yun anlässlich eines Berichtes über die Arbeit der Banken am 17.Juni 1973. Chen Yun stellte damals den Bankmanagern zehn Fragen über die internationale Finanzwirtschaft:

- (1) Wie hoch war die Geldemission zwischen 1969 und 1973 in den USA, Japan, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich? Wie groß sind deren Devisenreserven? Wie viele dieser Reserven bestehen aus Gold?
- (2) Wie hoch ist die jährliche Goldproduktion der Welt? Wie hoch ist die Jahresproduktion der wichtigsten goldproduzierenden Länder?

- (3) Wie sind die 80 Mrd. (Euro?)-Dollar in Europa verteilt?
- (4) Die Industrie ist ein Maßstab für wirtschaftliche Prosperität, Rezession und Krise... Wieviel investierten die USA, Japan, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich in die Eisen- und Stahlindustrie, die Maschinenbauindustrie und andere Bereiche der Investbauindustrien zwischen 1969 und 1973?
- (5) Wie überleben die USA, Japan, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich Krisen? Wie lange dauern die Intervalle zwischen zwei aufeinanderfolgenden Krisen?
- (6) Es gibt politische Widersprüche zwischen den USA auf der einen Seite und Großbritannien, Japan, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite. Welches sind die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen ihnen? ...
- (7) Welche Probleme haben die USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland bezüglich ihres Handels und ihrer Währungen? Und wie lösen sie diese Probleme? ...
- (8) Wie groß war das Defizit der USA im Jahre 1973? Auch sollten Informationen über die Aufteilung der Fonds, die Militärausgaben, die Investitionen, die Tourismusindustrie und den Handel gegeben werden.
- (9) Eine kurzfristige und eine langfristige Einschätzung der Weltwirtschaft, der monetären und finanziellen Situation.
- (10) Eine Einschätzung der Vorteile und Nachteile der Überziehungskredite, die uns von ausländischen Banken angeboten werden.

Im weiteren Verlauf dieses Gespräches sprach Chen Yun die mangelnde Ausstattung mit Forschungseinrichtungen an. Er sagte dann wörtlich: "Ihr Forschungsinstitut sollte entwickelt werden. In der Vergangenheit machte unser Handel mit der UdSSR und osteuropäischen Staaten 75% des gesamten Außenhandels aus, der Handel mit den kapitalistischen Ländern belief sich nur auf 25%. Nun sollte unser Handel mit den kapitalistischen Ländern 75% des gesamten Volumens unseres Außenhandels betragen und der Handel mit der UdSSR 25%. Im Außenhandel sind Wandlungen in der Angebots-

Nachfrage-Situation und in den monetären Verhältnissen überall zu sehen. Wie können wir es uns da leisten, keine Forschungsinstitution zu haben? 75% unseres Handels mit den kapitalistischen Ländern und 25% mit der UdSSR. Ist dies abgemacht? Ich denke ja. Deswegen sollten wir den Kapitalismus richtig studieren."

Im weiteren Verlauf der Diskussion fragte Qiao Peixin, damals stellvertretender Präsident der Volksbank: "... Wir haben zwei Probleme. Das erste ist ein prinzipielles: Stimmt dies überein mit dem Prinzip des Selbstvertrauens des Vorsitzenden Mao und der Parteilinie? Stimmt dies überein mit dem Prinzip, daß wir frei von internen und Auslandsschulden sein sollen? Das zweite Problem ist eine Methodenfrage. Wir sollten die Regeln des Landes ein wenig verändern. Falls diese Probleme nicht gelöst werden, können wir nicht voranschreiten."

Chen Yun antwortete darauf unter anderem: "Wenn eine neue Methode eingeführt wird, ist es nötig, die Dinge zu definieren. Beispielsweise können sie erklären, daß die Verwirklichung des Prinzips des Selbstvertrauens nicht in Konflikt mit der Verwendung kapitalistischer Kredite steht... In der Vergangenheit gab es nicht das Problem, 75% unseres Außenhandels mit kapitalistischen Ländern durchzuführen. Die Dinge haben sich verändert. Dennoch haben einige Genossen dies nicht bemerkt. Deshalb sollten wir es ihnen erklären. ... Wir sollten unsere Regeln, Vorschriften und Systeme ein wenig verändern. Der Grund dafür ist, daß wir 75% unseres Außenhandels mit kapitalistischen Ländern durchführen sollen. Die Banken sollten diese Aufgabe übernehmen." (Guoji Jinrong Yanjiu, No.1, 1987, zit. nach RMRB, 14.2.1987) -lou-

Wirtschaft

*(33)

Einschränkungen des Investbaus für 1987 gefordert

Offensichtlich bereitet die große Lücke zwischen den Investitionen außerhalb des Plans und den eigentlichen zentral geplanten Investitionen vor allem in den Engpaßbereichen Energie und Transport dem Staatsrat große Sorgen. Die außerplanmäßigen Investitionen sollen im Jahre 1987 zugunsten der